

Sparpaket der Bundesregierung

Für Stabilität und Wohlstand

Die christlich-liberale Regierungskoalition hält ihr Wort: Durch entschlossenes Handeln stellt sie den Staatshaushalt auf eine solide Grundlage. So wichtig teure Rettungspakete während der Wirtschafts- und Finanzkrise waren, so unausweichlich sind im Aufschwung Maßnahmen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen.

Die unionsgeführte Bundesregierung hält die Schuldenbremse ein. Ab dem kommenden Jahr soll die Neuverschuldung des Bundeshaushalts Stück für Stück zurückgefahren werden, um den neuen und strengen Auflagen des Grundgesetzes zu entsprechen. Auf einer Kabinettsklausur am Wochenende einigte sich die Regierung auf einen Plan zur Rückführung der Staatsverschuldung ab 2011.

Im vergangenen und im laufenden Jahr musste der Bundeshaushalt in Folge der größten Wirtschaftskrise seit drei Generationen mit hohen Summen belastet werden. Ohne eine Erhöhung der Neuverschuldung wäre die erfolgreiche Politik der Bundesregierung nicht möglich gewesen. Sie ermöglichte beispielsweise unterstützende Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt, die die Erwerbslosenquote im Vergleich zum Zustand vor der Krise schließlich sogar senkten. Mittlerweile hat sich der Aufschwung in Deutschland jedoch gefestigt: Die Arbeitslosenquote war im vergangenen Monat so niedrig wie zuletzt im Mai 1992; auch das Wirtschaftswachstum zieht deutlich an. Experten wie der Präsident des Münchener ifo-Instituts, Professor Hans-Werner Sinn, sind sich darüber einig, dass nun der richtige Zeitpunkt zum Sparen gekommen ist. Der Konjunkturaufschwung sei stark genug, um durch die Sparmaßnahmen nicht gestoppt zu werden.

Mit einer Konsolidierung des Haushalts sichert die christlich-

liberale Koalition die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Sie schafft die Voraussetzungen für Währungsstabilität und bewahrt vor unkontrollierbaren Preissteigerungen. Gleichzeitig gibt die Konsolidierung dem Staat die notwendigen Handlungsspielräume zurück, um auch künftig wichtige Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu setzen und unsere Sozialsysteme zu sichern.

Der Regierungskoalition liegt die soziale Ausgewogenheit des Sparprogramms besonders am Herzen. Daher leistet die Wirtschaft einen Großteil des Sparaufkommens (siehe Seite 2). Da jedoch alle Ressorts Einsparungen zu leisten haben, sind auch maßvolle Kürzungen im Bereich der Familien- und Sozialpolitik unausweichlich. Hier setzt die christlich-liberale Koalition auf ver-

Sparen für die Zukunft

nünftige Korrekturen: So erhielten bisher Hartz-IV-Empfänger als einzige zusätzlich Elterngeld – für alle anderen war das Elterngeld eine Lohnersatzleistung. Zuletzt hatte ein Paar mit Anspruch auf Arbeitslosengeld II und zwei Kindern bei Wohnkosten von 509 Euro ein Haushalts-Nettoeinkommen von knapp 1900 Euro erhalten.

Mit dem nun geplanten Sparpaket befindet sich Deutschland auf dem besten Weg zu einem konsolidierten Staatshaushalt. Somit wird Berlin auch die Vorgaben des Europäischen Stabilitätspakts ins Auge fassen und europaweit wieder als Vorbild für eine stabile und zukunftssichere Finanzplanung dienen können.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

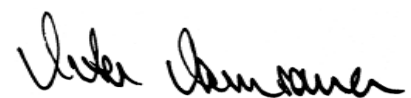
der Rücktritt Horst Köhlers am vergangenen Montag hat das ganze Land überrascht. Die breite Anteilnahme der Bürger an diesem Schritt verdeutlichte einmal mehr die große Popularität des Bürgerpräsidenten. Horst Köhler vereinte Sachverstand und Augenmaß; er war Ratgeber und Landesvater. Seinen überraschenden Rücktritt haben viele Bürger gerade deshalb als Schritt der Destabilisierung empfunden.



Das Grundgesetz lässt der Bundesversammlung nach dem Rücktritt nur 30 Tage Zeit, um einen neuen Präsidenten zu wählen. In dieser schwierigen Situation hat die christlich-liberale Koalition Führungsstärke gezeigt und mit Christian Wulff einen überzeugenden Kandidaten präsentiert. Er hat in Hannover sieben Jahre lang stabil und erfolgreich regiert. Unter seiner Führung stieg Niedersachsen aus dem Mittelfeld der Bundesländer in die Spitzenklasse auf. Christian Wulff hat die politische Erfahrung, die Horst Köhler nicht in sein Amt einbringen konnte. Christian Wulff verbindet diese Erfahrung mit der Offenheit und Bürgernähe, die auch Horst Köhlers starke Seite war. Er führt zusammen und macht Mut.

Demokratie zeichnet sich durch den Wettbewerb guter Kandidaten aus. Die Opposition hätte schlechtere Bewerber nominieren können als Joachim Gauck, den die CSU-Landesgruppe für seine frühere Arbeit an der Spitze der Stasi-Unterlagen-Behörde schätzt. Gauck weiß aber selbst: Er wurde nur nominiert, weil er als Kandidat von SPD und Grünen keine Chance in dieser Bundesversammlung hat. In der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen brauchen wir einen erfahrenen Staatsmann als Bundespräsidenten. Christian Wulff kann auf die Unterstützung der CSU zählen!

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Peter Ramsauer MdB

Haushaltskonsolidierung

Wirtschaft leistet starken Sparbeitrag

Die Beschlüsse der Bundesregierung zur Stabilisierung des Staatshaushalts bringen Einsparungen und Effizienzsteigerungen in mehreren Bereichen mit sich. Diese waren durch die schwerste Wirtschaftskrise seit drei Generationen notwendig geworden. Die deutsche Wirtschaft wird die Anstrengungen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen durch einen starken Beitrag unterstützen.

Die christlich-liberale Koalition streicht Subventionen und Steuervergünstigungen für große Unternehmen. Damit setzt die Bundesregierung auf eine Beteiligung der deutschen Wirtschaft an den Kosten des Sparpakets zur Haushaltskonsolidierung. Eine der größten Entlastungen des Staatshaushalts erfolgt durch eine zusätzliche Abgabe für die Betreiber von Kernkraftwerken. Die großen Energieversorger werden jährlich rund 2,3 Milliarden Euro zugunsten der Staatskasse aufbringen. Einen weiteren Beitrag werden Unter-

nehmen leisten, die besonders energieaufwändig produzieren. Sie hatten bisher von Ausnahmeregelungen bei der Ökosteuern profitiert, da ihr Energieverbrauch nicht voll belastet wurde. Diese Subventionen, die auch zu Mitnahmeeffekten geführt haben, sollen massiv abgebaut werden. Der christlich-liberalen Koalition ist ein weiterer Anreiz zu mehr Energieeffizienz gelungen.

Als gut für die Umwelt wird sich auch die Luftverkehrsabgabe erweisen, die künftig für alle Starts von

deutschen Flughäfen anfallen wird. Auch hier werden die Unternehmen über die Flugtickets für Geschäftsreisende den Löwenanteil stemmen. Die christlich-liberale Bundesregierung plant, diese Abgabe nicht pauschal zu erheben. Sie soll vielmehr von der Lärmbelastung und des Kerosinverbrauchs des jeweiligen Flugzeugs abhängen. Die Deutsche Bahn leistet ebenfalls einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Sie wird künftig jährlich Dividenden in Höhe von 500 Millionen Euro an den Bund abführen.

Diese Woche

Sparpaket der Bundesregierung Für Stabilität und Wohlstand	1
Haushaltskonsolidierung Wirtschaft leistet starken Sparbeitrag	2
Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten Aufschwung stärkt Frühjahrsbelegung	2
Der richtige Präsident für ganz Deutschland Christian Wulff überzeugt die CSU-Landesgruppe	3
Bildung, Forschung, Innovation Koalition investiert in Zukunft	4
Ein- und Auswanderung Deutschland immer beliebter	4
Verteidigung Einsätze reduziert	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten

Aufschwung stärkt Frühjahrsbelegung

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit setzt sich fort: Im Mai lag die Erwerbslosenquote in Deutschland erneut deutlich unter dem Vorjahresstand. Besonders erfreulich: Es waren sogar weniger Menschen ohne Arbeit als noch vor Ausbruch der Wirtschaftskrise im Mai 2008.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit 18 Jahren. Im vergangenen Monat waren noch 3,24 Millionen Menschen ohne Job – so wenig wie in keinem Mai seit 1992. Die Erwerbslosenquote liegt bei 7,7 Prozent. Im Mai 2005, als die rot-grüne Bundesregierung scheiterte, betrug die Quote noch 11,8 Prozent. Besonders positiv ist die Entwicklung in Bayern: Dort waren erstmals weniger als 300.000 Menschen ohne Beschäftigung. Die Quote betrug im Freistaat 4,4 Prozent, die Quote unter Jugendlichen lag sogar noch einen Prozentpunkt niedriger. Setzt sich dieser positive Trend fort, wird noch in diesem Sommer in vielen bayerischen Landkreisen das Ziel der Vollbeschäftigung erreicht werden.

Der starke Rückgang der Arbeitslosenzahl um 217.000 im Vergleich zum Vorjahresmonat ist laut Experten nicht mehr allein durch die Frühjahrsbelegung auf dem Arbeitsmarkt zu erklären. Vielmehr sorgt der Aufschwung

dafür, dass die Erwerbslosigkeit auch strukturell abnimmt. Diese Entwicklung ist umso bemerkenswerter, als die Arbeitslosigkeit im europäischen Ausland auch während des Frühjahrs noch zunahm. In Deutschland wie in Bayern hat sich dagegen sogar die wichtige Kennzahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze erhöht. Die Tatsache, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften weiterhin stark ansteigt, unterstreicht diesen Trend.

Jüngste Wirtschaftsdaten stimmen außerdem zuversichtlich, dass der positive Trend auf dem Arbeitsmarkt weiter anhalten wird. So erwartet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung für das zweite Quartal 2010 ein kräftiges Wachstum von 0,7 Prozent. Maßgeblich für diesen Aufschwung sind die Industrie und die Bauwirtschaft: Die Maschinen- und Anlagenbauer erhielten im April 36 Prozent mehr Aufträge als im Vorjahr, während sich die Bestellungen in der Elektroindustrie im März um 27 Prozent erhöhten.

Der richtige Präsident für ganz Deutschland

Christian Wulff überzeugt die CSU-Landesgruppe

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag setzt auf Christian Wulff als nächsten Bundespräsidenten. Der 50-jährige Niedersachse kam am Montagabend mit den Bundestagsabgeordneten der CSU zu einem offenen Meinungsaustausch zusammen. Die Volksvertreter aus den 45 bayerischen Wahlkreisen erkannten große Schnittmengen zwischen der politischen Philosophie des Präsidentschaftskandidaten und den Grundsätzen der CSU.

Christian Wulff, der am Donnerstag der vergangenen Woche von CDU, CSU und FDP als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten nominiert worden war, stattete der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag am Montagabend einen ausführlichen Besuch ab. Über den warmherzigen Empfang in den Reihen der CSU-Abgeordneten zeigte sich der niedersächsische Ministerpräsident hocheifrig: Unmittelbar nach seiner Begrüßung durch den Landesgruppenvorsitzenden Dr. Hans-Peter Friedrich wurde Christian Wulff vom Schulorchester der Paul-Winter-Realschule aus Neuburg an der Donau mit Deutschlandlied und Bayernhymne willkommen geheißen.

Während des offenen Gesprächs zwischen Christian Wulff und den Bundestagsabgeordneten der CSU, an dem auch der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer teilnahm, überzeugte der Präsidentschaftskandidat durch klare Worte zu wichtigen Zukunftsthemen der Gesellschaft. Dabei stellte sich – von der Finanzmarktregulierung bis zur Familienpolitik – eine große Übereinstimmung mit den Auffassungen der CSU-Abgeordneten dar. Auf die Frage nach den Werten, die er als Bundespräsident voranbringen würde, bekannte sich der niedersächsische Ministerpräsident in aller Deutlichkeit zu den Grundlagen der christlich-abendländischen Kultur.

Unter der Führung von Christian Wulff hat sich Niedersachsen in mehreren Bereichen aus dem Mittelfeld der deutschen Bundesländer an deren Spitze vorgearbeitet. Das Amt des niedersächsischen Ministerpräsidenten werde er bis zur Wahl des neuen Bundespräsidenten nicht aufgeben, betonte Wulff unter Verweis auf seinen hohen Respekt vor der Unabhängigkeit der Bundesversammlung. Gäbe er seine Ämter in Hannover bereits jetzt auf, wirkte es, als ob er das Wahlergebnis vorwegnehme. Ab dem 01. Juli wolle er

aber der Präsident aller Deutschen und aller Bundesländer sein. Der Präsidentschaftskandidat machte deutlich, dass er im Falle seiner Wahl wichtige gesellschaftliche Themen



v.l.n.r.: CSU-Parteivorsitzender Horst Seehofer, Bundespräsidentschaftskandidat Christian Wulff und CSU-Landesgruppenvorsitzender Dr. Hans-Peter Friedrich

ansprechen möchte. Dabei verwies er etwa auf die Ausbaufähigkeit der Kinderfreundlichkeit unseres Landes. Christian Wulff hat Kinder im schul-

pflichtigen und im Kleinkindalter. Obwohl Wulff der jüngste Präsident in der Geschichte der Bundesrepublik wäre, brächte er auch eine besondere Perspektive gegenüber den alten und schwachen Bürgerinnen und Bürgern ins Amt: Schon als Schüler unterstützte er seine schwerkranke Mutter und übernahm Verantwortung in der Familie. Der Zusammenhalt der Generationen liegt Wulff daher ganz besonders am Herzen.

Ausführlich erläuterte Wulff außerdem seinen Standpunkt zur Regulierung des Finanzmarktes. In diesem Zusammenhang verwies er darauf, bereits vor drei Jahren – also vor Ausbruch der Wirtschaftskrise – eine europäische Ratingagentur sowie eine einheitliche Bankenaufsicht gefordert zu haben. Diese Vorhaben gelte es nun zügig umzusetzen.

++++ Blick nach links ++++ Blick nach links ++++

Ernstes Missverständnis

Die Linkspartei erhebt die mit Abstand höchsten Mitgliedsbeiträge aller im Bundestag vertretenen Parteien: Um bei den Postkommunisten mitmachen zu dürfen, zahlt ein Arbeitnehmer mit einem Nettoverdienst von 1500 Euro sage und schreibe 45 Euro pro Monat. Zum Vergleich: Bei der CSU beträgt der Beitrag nicht einmal ein Zehntel! Wohin diese Gelder wohl fließen? Der neue Parteivorsitzende Klaus Ernst lässt sich seine Arbeit für die SED-Nachfolger satt entlohnen, obwohl er als Abgeordneter bereits 7.668 Euro verdient. Die genaue Höhe seiner zusätzlichen Bezüge, die Ernst persönlich ausgehandelt hat, hält die Linkspartei geheim. Der Finanzplan der Partei sieht allerdings 240.000 Euro jährlich für den Vorstand vor. An der Parteibasis regt sich schon Widerstand gegen die Umverteilung von unten nach oben, Ehrenamtliche begehren auf. Ernst scheint Robin Hood gehörig missverstanden zu haben...

Unerntester Schlingerkurs

Kaum zwei Jahre sind vergangen, seit die Freien Wähler mit dem heiligen Schwur in den Wahlkampf zogen, den Präsidentschaftskandidaten von Union und FDP zu unterstützen. Schon damals wackelte dieses Versprechen: Aiwanger und Konsorten liebäugelten mit der Wahl Gesine Schwans. Noch schlimmer 2010: Erst wollten die Freien Wähler einen eigenen Kandidaten ins Rennen schicken, der dann auf ganze zehn der mehr als 1.200 Stimmen zählen könnte. Doch nun will sich Aiwanger mit seinen Mannen gegen das bürgerliche Lager stellen und den Favoriten von Rot-Grün unterstützen. Der Schlingerkurs zwischen den Lagern verbindet die Freien Wähler mit dem rot-grünen Kandidaten Gauck. Das Schlimmste für die Freien Wähler aber ist: Niemand interessiert sich für ihre Kapriolen. Selbst die Ankündigung, einen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen, fand republikweit kein Gehör.

Bildung, Forschung, Innovation

Koalition investiert in Zukunft

Bildung und Forschung haben für die christlich-liberale Koalition weiterhin oberste Priorität. Trotz Euro-Krise, Schuldenbremse und Sparpaket hat die unionsgeführte Koalition beschlossen, zwölf Milliarden Euro zusätzlich für Bildung und Forschung auszugeben.

Der Bundesbericht Forschung und Innovation macht deutlich: Deutschland liegt im internationalen Vergleich in Sachen Forschungsfreundlichkeit und Innovation an der Spitze. In den vergangenen zehn Jahren ist die Anzahl deutscher Patente um 20 Prozent angestiegen. Um diesen Zustand zu erhalten, investiert die christlich-liberale Regierungskoalition auch in der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen in Bildung, Forschung und Innovation. Bildungs- und forschungsfreundliche Politik wirkt dabei in zwei Richtungen: Einerseits stärken Innovationen die Wirtschaftsleistung; gleichzeitig haben Bildungsinvestitionen einen positiven sozialen



Effekt. Der von der Bundesregierung vorgelegt Bericht verdeutlicht die hohe Innovationskraft der deutschen Wirtschaft: Nur die USA, China und Japan geben mehr für Forschung aus als die Bundesrepublik. In den ersten drei Jahren nach Amtsantritt der unionsgeführten Bundesregierung 2005 steigerte der Bund seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung um 1,9 Milliarden Euro. Das entspricht einem Wachstum von 21 Prozent. Auch die Wirtschaft steigerte ihre Ausgaben im diesem Zeitraum um rund 19 Prozent, was Mehrausgaben von 7,4 Milliarden Euro entspricht.

Ein- und Auswanderung

Deutschland immer beliebter

Auch wenn die Zuwanderung nach Deutschland leicht zugenommen hat, wandern mehr Menschen aus als ein. Vor allem EU-Staatsbürger zogen im vergangenen Jahr in die Bundesrepublik. Besonders attraktiv waren für die Zugewanderten die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen. Mehr als die Hälfte der Einwanderer ließ sich dort nieder.

Nicht nur Lenas Sieg beim Eurovision Song Contest belegt: Deutschland wird immer beliebter. Im Jahr 2009 sind nach vorläufigen Ergebnissen 721.000 Personen nach Deutschland zugezogen. Das waren 39.000 mehr als noch im Vorjahr. Dabei kam die überwiegende Mehrheit der Zuwanderer aus den Staaten der EU sowie aus den USA. Die Türkei lag bei den Herkunftsländern mit 30.000 Menschen nur an vierter Stelle. Trotz der gesteigerten Attraktivität der Bundesrepublik zogen mehr Menschen aus Deutschland fort als aus dem Ausland neu hinzukamen: Da 734.000 Personen Deutschland dauerhaft verließen, ergab sich ein Wanderungsdefizit von 13.000 Menschen. Das Defizit ergibt sich, da

beispielsweise aus der Türkei nur 30.000 Menschen nach Deutschland kamen, während 40.000 Personen in die andere Richtung auswanderten. In anderen Fällen sind Zu- und Auswanderung ausgeglichen: Beispielsweise kamen genauso viele Menschen von Polen nach Deutschland wie umgekehrt. Wie der letzte Migrationsbericht der Bundesregierung belegt, handelt es sich bei den Zuwanderern in hohem Maße um hochqualifizierte Arbeitnehmer. Der Bericht stellte eine erhöhte Einwanderung von Fachkräften fest. Insbesondere der Zuzug von leitenden Angestellten und Spezialisten aus China und Indien hatte zugenommen. Dies unterstreicht die Attraktivität Deutschlands als Wirtschaftsstandort.

Verteidigung

Einsätze reduziert

Der Deutsche Bundestag entscheidet in diesen Tagen über die Fortsetzung wichtiger Auslandsmissionen der Bundeswehr. Auf Initiative von Bundesverteidigungsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg werden einige Mandate verringert.

Deutschland wird weiterhin einen Beitrag zu Stabilisierung und Wiederaufbau des Kosovo leisten. Am Donnerstag verlängerte der Bundestag das Mandat für den Bundeswehreininsatz auf dem Balkan. Die Obergrenze von dort einsetzbaren Soldatinnen und Soldaten wurde jedoch um 1.000 auf 2.500 gesenkt. Zu Beginn des Einsatzes hatte das Bundeswehr-Kontingent eine Stärke von 6.440 Soldaten.

Verringert wird ebenfalls das Engagement der Bundeswehr im Sudan. An der UN-Mission zum Schutz Darfurs beteiligt sich Deutschland künftig mit 50 statt 250 Soldatinnen und Soldaten. Der UNMIS-Einsatz zur Sicherung des Friedens im Südsudan soll mit 32 deutschen Militärbeobachtern unverändert weitergeführt werden. UNMIS hatte erst im April zum friedlichen Verlauf der Wahlen im Sudan beigetragen. Der Einsatz der Marine im östlichen Mittelmeer, der 2006 auf Bitten des Libanon zur Überwachung seiner Küsten aufgenommen worden war, wird fortgesetzt. Diese UN-Mission soll den Schmuggel von Waffen im Nahen Osten eindämmen. Die Obergrenze dieses Mandats soll auf 300 gesenkt werden. Sobald die libanesischen Streitkräfte im Stande sind, ihre Küsten selbst ausreichend zu schützen, soll der Einsatz ein Ende finden.

Bereits beschlossen hat die christlich-liberale Koalition dagegen den Abschluss der Anti-Terror-Mission am Horn von Afrika, die nicht mehr verlängert wird und somit im Dezember 2010 ausläuft. Damit endet die deutsche Beteiligung an der „Operation Enduring Freedom“, mit der die westliche Welt auf die Anschläge vom 11. September 2001 reagiert hatte. Das letzte Einsatzkontingent wird bereits Ende dieses Monats nach Deutschland zurückkehren.